

Arbeitspapier „Krisendialog“ – Diskussion zu Demokratiedistanz in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Ableitungen aus dem Transfer der Studie „Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA.“

Stand 2022

Inhalt

1. Zur Studie und zum Interesse des Transfers	3
2. Die Räume, Partner*innen, Teilnehmenden	5
Grimma (Sachsen)	5
Wien (Österreich)	6
Zürich (Schweiz).....	6
Teilnehmende der Veranstaltungen	7
3. Krisendialog: drei Räume – drei Diskussionen	8
Deutschland (Sachsen)	8
Österreich (Wien)	11
Schweiz (Zürich).....	14
4. Fazit – Zentrale Punkte	17

1. Zur Studie und zum Interesse des Transfers

Angesichts aktueller und andauernder gesellschaftlicher Herausforderungen wächst die Sorge um die Zukunft der Demokratie. Für Fachkräfte und gesellschaftliche Akteure, die sich für die Stärkung der Demokratie einsetzen, stellt sich immer wieder die Frage nach dem richtigen Handeln: Was können wir tun? Wo können Projekte und Formate ansetzen, um die Demokratie wirkungsvoll zu stärken? Und nicht zuletzt: Wen sollten wir damit besser erreichen?

Die länderübergreifende Studie „*Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA*“¹ identifiziert im internationalen Kontext Zielgruppen, die ein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie haben, mithin sich kritisch zu aktuellen Zuständen äußern, aber für demokratische Ansprachen als erreichbar gelten. Sie wurde 2021 gemeinsam von More in Common und der Robert Bosch Stiftung², welche Auftraggeberin der Studie war, veröffentlicht. Zu einer ersten öffentlichen Diskussion im Rahmen der Präsentation der Studie, war der Arbeitsbereich „MUT“ bei der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF) Sachsen e.V.³ angefragt, die eigene Perspektive aus der Praxis mit den Befunden der Studie in ein Verhältnis zu bringen und entsprechende Ableitungen und Handlungsempfehlungen zu diskutieren⁴.

Insgesamt wurden im Rahmen der Studie in den fünf ausgewählten Ländern mehr als 10.000 erwachsene Personen befragt. Die Intention der vorgelegten Arbeit beschreiben die Autor*innen folgendermaßen:

„Die bisherige akademische Forschung rund um Einstellungen zur Demokratie ist weit fortgeschritten und vielfältig. Politikwissenschaftler sind beispielsweise erfahren darin, die Zustimmung der Menschen zur Demokratie als Prinzip sowohl zu ihrer konkreten konstitutionellen Umsetzung als auch zu ihrer praktischen Funktionsweise zu messen. Auch in großen internationalen Umfrageinstrumenten sind Fragen, etwa zur Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, feste und wiederkehrende Bestandteile. Jenseits dieser grundlegenden Einstellungsebene untersucht die Forschung auch kleinteiligere Definitionen dessen, was Menschen eigentlich unter Demokratie verstehen. Vor allem auf diese letztere Forschungsfährte bauen wir für unser vorliegendes Studienprojekt auf. Wir legen besonderes Augenmerk darauf, welche „Konzepte“ von Demokratie derzeit in den Köpfen der Menschen wirkmächtig sind: Was heißt Demokratie eigentlich für sie, was gehört dazu – und was nicht?“⁵

Die AGJF Sachsen e.V. setzt sich als Dach- und Fachverband der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nachhaltig für die Beteiligung und demokratische Bildung von jungen Menschen ein, begleitet, berät

¹ https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2021-07/Studie_Beziehungskrise_B%C3%BCrger_und_ihre_Demokratie.pdf

² <https://www.youtube.com/watch?v=5Bv3Eb8HQm4>

³ <https://mut.agjf-sachsen.de/angebot.html>

⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=fzk0IOFyfxo>

⁵ More in Common (2021): „*Beziehungskrise? Bürger und ihre Demokratie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und den USA*“, S. 10

und qualifiziert Fachkräfte der Jugendhilfe und Sozialen Arbeit hierzu. Daher ist sie auch mit überregionalen und lokalen Partner*innen wie auch zivilgesellschaftlichen Netzwerken im ständigen Austausch. Der Arbeitsbereich „MUT“ wirkt seit vielen Jahren im Feld der Demokratiebildung mit dem Fokus auf demokratieablehnende Haltungen bei jungen Menschen und auf autoritäre und völkisch-nationalistische Dynamiken in ihren sozialisationsrelevanten Umfeldern. Grundlage der Arbeit, v.a. in längerfristigen Begleitprozessen von Fachkräften, sind Möglichkeiten lebensweltorientierter Beteiligungs- und Demokratiebildungsprozesse⁶ in Auseinandersetzung mit lokalen, alltäglichen Szenerien von autoritärer Politik und Entpolitisierung⁷. Im Ergebnis zeigen sich differenzierte Gemengelagen von Haltungsbeständen und das Ineinandergreifen unterschiedlicher Dimensionen lokaler, politischer Kultur, welche sich vielfach mindestens in einem ambivalenten Verhältnis zu „Demokratie“ bei jungen Menschen und v.a. bei ihren erwachsenen Umfeldern ausdrücken. Daher scheinen die Ziele der Studie nahezu deckungsgleich mit denen im Arbeitsbereich, eben unterhalb der Einstellungsebene im Alltag nach Haltungen und dem Verständnis, Eindruck von sowie Erfahrungen mit Demokratie und dem Politischen zu suchen. Dabei geht es immer auch darum zu sondieren, nicht nur wer vor Ort potenziell ansprechbar für demokratische Bildung und Beteiligung ist, sondern vor allem wie dies unter Beachtung bestehender individueller, wie auch lokal-gemeinschaftlicher „Konzepte“, Vorstellungen und Repräsentationen von Demokratie gehen kann. Vielfach bietet sich hier ein erfahrungsbezogenes Vorgehen an, welches an den tatsächlichen, alltäglichen Interessen der Menschen vor Ort ansetzt und bei deren Übersetzung in solidarische Handlungsfähigkeit unterstützt. Während dies für Jugendliche umfangreich erprobt wurde⁸, steht dies für die Arbeit in der Erwachsenengesellschaft noch weitgehend aus.

Um die Ergebnisse der Studie wie auch die entsprechenden Empfehlungen mit lokalen Partner*innen, aber auch mit Kolleg*innen im internationalen Vergleich zu erörtern, mögliche eigene Ableitungen für die jeweilige Praxis zu treffen und ein gemeinsames Bild zur Situation im europäischen Kontext zu entwickeln, entstand die Idee zu einer Veranstaltungsreihe zum Transfer unter dem Titel „Krisendialog? – Bürger*innen und ihre Einstellungen zur Demokratie“. Diese wurde zusammen mit dem Projekt „Uferlos - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit (IJA) im Freistaat Sachsen“⁹ organisiert und umgesetzt. Ausdrücklicher Dank an dieser Stelle gilt den internationalen

⁶ Dietrich, Kai (2022): Kleine Arenen des Alltags - Facetten der Demokratiebildung in der Offenen und Aufsuchenden Jugendarbeit. IN: Möller, Kurt; Neuscheler, Florian; Steinbrenner, Felix (Hg.): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze der Bildungs- und Sozialarbeit. Stuttgart.

⁷ Dietrich, Kai; Schuhmacher, Nils (2022): "Eigensinn" zwischen völkischem Nationalismus und solidarischem Gemeinwesen. Alltag junger Menschen außerhalb urbaner Zentren in Ostdeutschland. IN: Mullis, Daniel; Miggelbrink, Judith (Hg.) Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld.

⁸ Möller, Kurt u.a. (2021): Erfahrungsräume öffnen - Demokratie gestalten. Die KISSeS-Strategie in der Praxis. Esslingen.

⁹ <https://www.agjf-sachsen.de/uferlos-internationale-jugendarbeit.html>

Partner*innen, welche die Veranstaltungen in ihren Ländern erst ermöglicht und so zur Ausweitung der Fachdebatte beigetragen haben.

Das folgende Papier soll einen Abriss geben, über die Beteiligten am Transfer, über lokale und nationale Diskussionsschwerpunkte zu den Studienergebnissen sowie mögliche Ableitungen aus dem Transferprozess destillieren. Es versteht sich als weiterer Beitrag zur Erarbeitung von Ableitungen aus den Befunden für die Praxis der Förderung demokratischer Bildung und Beteiligung.

2. Die Räume, Partner*innen, Teilnehmenden

Insgesamt fanden im Rahmen der Veranstaltungsreihe drei Transfer-Workshops statt¹⁰. Diese wurden jeweils mit Partner*innen vor Ort umgesetzt, welche die Veranstaltung mit organisierten, Räume zur Verfügung stellten und die Einladung an potenzielle Adressat*innen weitergaben. Um einen Eindruck über die Reihe zu geben, sollen die Räume, Partner*innen und Teilnehmenden der Veranstaltungen bzgl. ihre Arbeits- und Wirkungsfelder im Folgenden kurz dargestellt werden.

Grimma (Sachsen)

Die erste der drei Veranstaltungen fand in Grimma im Komplex „Dorf der Jugend“¹¹ statt. Das „Dorf der Jugend“ versteht sich als ein emanzipatorisches Projekt der offenen Jugendarbeit und wird durch den Förderverein für Jugendkultur und Zwischenmenschlichkeit e.V. getragen. Auf dem Areal der „Alten Spitzenfabrik“ stellt der Verein verschiedene, aneignungsoffene Räume für junge Menschen zur Verfügung und setzt mit ihnen gemeinsam ein breites Angebot jugendarbeiterischer und soziokultureller Aktivitäten um. Durch Räume und Engagement wird das Projekt immer wieder als



Struktur mit einer progressiven, antifaschistischen und diskriminierungskritischen Perspektive auf demokratische Gemeinwesen in der Region und darüber hinaus sichtbar. Die Veranstaltungen in Grimma fand in Kooperation mit between the lines¹² statt. Das Team des Trägers setzt unter anderem Maßnahmen zur demokratischen Bildung und Gemeinwesenarbeit in der Region um und ist dafür häufig im aufsuchenden Kontakt mit den Bürger*innen der Region.

¹⁰ Grimma (Sachsen) am 26.07.2022; Wien (Österreich) am 29.08.2022; Zürich (Schweiz) am 27.09.2022

¹¹ <https://dorfderjugend.de/>

¹² <https://m.facebook.com/betweenthelinesgmbh/>

Wien (Österreich)

Die zweite Diskussionsveranstaltung wurde im Jugendhaus Base 20 des Vereins Wiener Jugendzentren¹³ in Wien umgesetzt. Zusammen mit dem Verein Wiener Jugendzentren und WienXtra¹⁴ wurde die Veranstaltung organisatorisch und inhaltlich vorbereitet. Die Kolleg*innen beider Organisationen waren vor Ort mit der Bewerbung der Veranstaltung in



regionalen Netzwerken von Fachkräften und Engagierten betraut. Der Verein Wiener Jugendzentren ist einer der größten und langjährig wirkenden Träger der Jugendarbeit in Wien. Dabei setzt er neben offenen Angeboten vor allem auch umfangreiche Maßnahmen der lokalen Jugendbeteiligung um und ist damit auch wichtige Schnittstelle zwischen jungen Menschen und Jugendpolitik. Darüber hinaus engagieren sich Kolleg*innen seit vielen Jahren auf europäischer Ebene für den Austausch und die Strategieentwicklung zu Themen von demokratischer Bildung, antidemokratischen Dynamiken und Beteiligung. WienXtra, als langjähriger Kooperationspartner im Bereich der internationalen Jugendarbeit und des internationalen Fachkräfteaustauschs, ist u.a. Träger für Qualifizierung und Fortbildung von Fachkräften der Jugendarbeit und angrenzender Arbeitsfelder. Zudem ist der Träger klar in demokratischen (Fach-)Debatten vor Ort positioniert.

Zürich (Schweiz)

Der Abschluss der Veranstaltungs- und Diskussionsreihe fand in der Paulus Akademie¹⁵ in Zürich statt. Sie versteht sich als Raum und Forum für Religion, Ethik, Gesellschaft, Politik und Kultur. Die Paulus Akademie stellt Räume für öffentliche Veranstaltungen unterschiedlicher Formate bereit und versucht damit einen Ort für differenzierte Diskussionen und kritischen Dialog zu



¹³ <http://www.jugendzentren.at/>

¹⁴ <https://www.wienextra.at/>

¹⁵ <https://www.paulusakademie.ch/>

gesellschaftlichen Fragen für breite Bevölkerungskreise zu schaffen. Als Fachliche Kooperationspartnerin stand uns die okay zürich¹⁶ zur Verfügung. Sie ist der kantonale Dachverband der offenen, verbandlichen und kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit, organisiert und qualifiziert Fachkräfte im Arbeitsfeld, arbeitet für die Kinder- und Jugendförderung im Kanton und setzt unterschiedliche Projekte um, welche auch demokratische Bildung und Partizipation junger Menschen umfassen. Beide Partner*innen waren in die inhaltliche und organisatorische Gestaltung der Veranstaltung eingebunden und konnten über breite, zivilgesellschaftliche Netzwerke Teilnehmende für die Diskussion gewinnen.

Teilnehmende der Veranstaltungen

Im Sinne der Studie war es Ziel der Reihe Fachkräfte und Engagierte mit unterschiedlichen Perspektiven auf die Zivilgesellschaft und demokratische Situation der Gemeinwesen vor Ort zusammenzubringen. Der Kreis der Teilnehmenden setzte sich aus den folgenden Arbeits- und Wirkungsfeldern zusammen:

- Offene und aufsuchende Jugendarbeit
- regionale Demokratieförderung und Engagementkoordination
- Einrichtungen und Angebote der Soziokultur
- demokratische und aufsuchende Gemeinwesenarbeit
- demokratische Erwachsenenbildung
- Dachverbandsarbeit für regionale Jugendarbeit
- überregionale Vernetzung und Koordination demokratischen Engagements
- Engagement für geflüchtete Menschen
- Prävention und Bildungsarbeit an demokratieablehnenden Haltungen bei Jugendlichen
- Prävention im Umgang mit politischen Szenerien durch Sicherheitskräfte
- demokratische Bildung und Engagement in religiösen Gemeinden
- Qualifizierung und internationaler Fachkräfteaustausch
- Engagement in der Zivilgesellschaft

Durch die unterschiedlichen Netzwerke im Rahmen der internationalen Kooperation, bildeten sich jeweils Schwerpunkte im Kreis der jeweiligen Adressat*innen und Interessent*innen bei den Veranstaltungen ab. Gleichzeitig konnte damit ein breiter Kreis von Engagierten angesprochen und diverse Perspektiven eingeholt und zusammengeführt werden.

¹⁶ <https://www.okaj.ch/>

3. Krisendialog: drei Räume – drei Diskussionen

Einerseits zielten die Veranstaltungen auf einen Transfer der Studienergebnisse ab, gleichzeitig sollten sie auch dazu dienen, bestehende Erfahrungen im Umgang mit den fokussierten Bevölkerungsgruppen zu heben und – auf Basis der Empfehlungen in der Studie – gemeinsame Ableitungen für das Handeln vor Ort und darüber hinaus zu erörtern. Eingeleitet wurden die Veranstaltungen mit folgenden Fragen: „Lassen sich vor Ort Bevölkerungsgruppen mit Distanz zum demokratischen Geschehen benennen?“ und „Gibt es Erfahrungen bzgl. der Ansprache entsprechender Gruppen?“

Deutschland (Sachsen)

Die Teilnehmer*innen diskutierten, wer vor Ort überhaupt als „ambivalent“ wahrgenommen wird. Dabei geraten unter anderem junge Menschen in den Blick, als Teile größerer, vor Ort bestehender Milieus. Dabei wurde als eine nicht abschließend zu beantwortende Frage benannt, wie diese in ihrer Einbettung im sozialen Umfeld erreicht werden können. Obwohl hier ein Interesse an der Auseinandersetzung zu politischen Themen erkennbar ist, wirken formelle Angebote, welche mit „Demokratiebildung“ oder als „politische Bildung“ gekennzeichnet sind, nicht attraktiv. Vor allem von Engagierten in den Strukturen zur Förderung von Demokratie im Gemeinwesen wurde die Frage der gelingenden Ansprache als „Dauerbrenner“ bezeichnet. Nach Eindruck der Teilnehmenden besteht hier ebenfalls ein Zusammenhang mit Vorgaben, welche sich aus dem Rahmen der Förderung ergeben und worüber häufig spezifische Adressat*innengruppen angesprochen werden sollen. Wünschenswert erscheine daher eine Verschiebung bzw. Ausweitung von Adressat*innengruppen und Zielperspektiven: Über schwer zu erreichende und marginalisierte Gruppen hinaus auf breite Teile der Lokalbevölkerung und weg von der dezidierten Prävention von „Extremismus“ hin zu verschiedenen Formen der Demokratieablehnung und –distanz.

Dabei wurde vor allem der in die Diskussion eingebrachte Begriff der „Demokratiedistanz“ auch kritisch in den Blick genommen. So brachten Teilnehmer*innen ihre Eindrücke ein, dass viele Menschen Demokratie nicht abgeneigt seien, aber schlechte Erfahrungen mit politischen Verhältnissen gemacht hätten. Hieraus ergeben sich dann politischer Rückzug und Desinteresse daran, wie Demokratie letztlich funktioniere bzw. funktionieren könne. Anstatt von „Demokratiedistanz“ wurde der Begriff der „Politikdistanz“ vorgeschlagen. Diese Distanzierung basiere auch auf der Wahrnehmung, dass gesellschaftliche und krisenhafte Dynamiken sich verdichten und Menschen überfordern. Daraus leite sich die Frage ab, wer enger begleitet bzw. „an die Hand genommen“ werden müsse. Darauf hingewiesen wurde auch, dass unter dem Begriff der „Demokratiedistanz“ wiederum auch Corona-Leugner*innen fallen könnten, deren Distanzierung trotz formalem Bezug auf Demokratie, wiederum aber eine besondere Spezifik aufweise und mit ihrem Bezug auf Demokratie scheinbar andere Dimensionen meinen. In der Erfahrung von Angeboten wird berichtet, dass Teilnehmende erstens Lust

am Diskurs haben, die Arbeit mit ihnen aber auch beziehungsarbeiterische Aspekte umfasst und benötigt. In den Angeboten selbst treffen unterschiedliche Habitus und – damit verbundene – Gesprächsstile aufeinander. Die Frage in der konkreten Ansprache und Ausgestaltung sei auch, wie sich Bürger*innen als Adressat*innen von Angeboten verstehen können.

Als wirksame Angebote im Lokalraum wurden neue geschaffene Begegnungsräume (bspw. ein „Pop up-Café“) benannt. Da dies nicht bereits mit dem Label politischer Bildung markiert sei, fühlten sich hier auch Bürger*innen adressiert, welche an anderen Veranstaltungen des Trägers und mit sichtbarer, demokratisch-politischer Implikation nicht teilnehmen würden. Das Interesse der Besucher*innen sei hier die Suche nach Gemeinschaft. Damit verbunden sei nun die Frage, inwiefern dies die in der Studie beschriebenen Gruppen abbilde. Hiermit verbunden sei wiederum auch zu diskutieren, ob die einfache Zur-Verfügung-Stellung von Räumen und Anwesenheit von Gesprächspartner*innen schon ausreiche, bzw. wo sich hier die politischen und demokratischen Inhalte wiederfinden. Mindestens werden die entsprechenden Angebote als Möglichkeit gesehen, Themen der Bürger*innen vor Ort einzuholen und diese in andere Veranstaltungen und Maßnahmen einzubringen.

Als Unterschied wurde bspw. ausgemacht, dass mit Blick auf Engagementdefizite in Großbritannien¹⁷ die gewachsene Vereinsstruktur in Deutschland einen anderen Stellenwert besitze. Eine Gemeinsamkeit zeige sich mit Blick auf die Spaltung der Gesellschaft, welche sich in Ergebnissen zu Polen¹⁸ ausdrückt. Hier erkennen die Teilnehmenden deutliche Parallelen zur ostdeutschen Gesellschaft. Wiederum werden Unterschiede im Vertrauen zur Polizei benannt, welches laut Teilnehmer*innen an anderen Stellen als höher erhoben wird. Vor allem ältere Menschen hätten hier recht hohe Vertrauenswerte. Zum fehlenden Vertrauen in Medien in der Bundesrepublik wird in die Diskussion eingebracht, dass deren Berichterstattung in Teilen auch als fehlerhaft und einseitig erlebt werden kann und damit auch eine faktische Grundlage habe.

Die Empfehlungen der Studie wurden in Teilen als (notwendig) oberflächlich und unkonkret, bezogen auf die spezifischen Situationen und Handlungsprobleme, beschrieben. Gleichzeitig wurde auch benannt, dass einige der Empfehlungen sich unabhängig von der Studie bereits in Maßnahmen wiederfinden, welche durch die sächsische Landesregierung angebahnt wurden, so die Gestaltung und Inszenierung von Dialogformaten. Für Teile der Diskutierenden wirkten die Empfehlungen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Krisen auch wie ein „Befriedungsprogramm“ und es wurde die Frage gestellt, ob hieran orientierte Maßnahmen Menschen „hinter dem Ofen hervor“ lockten. Neue, eher distanzierte Initiativen scheinen eher als authentische Interessenvertreter*innen

¹⁷ Vgl. More in Common 2021, S. 79 ff.

¹⁸ Vgl. dies., S. 59 ff.

wahrgenommen zu werden als bestehende Demokratieprojekte. Allgemein wurde konstatiert, dass die Übersetzung der Empfehlungen in die Praxis noch ausstehe. Eine Idee, um Teile der Bürger*innen in den Montagsspaziergängen von einer weiteren Involvierung abzuhalten, war, diese an Gesprächstischen in Diskussion zur Notwendigkeit von Mund-Nasen-Schutz zu bringen. Direkte Kommunikationsangebote und Interventionen – so ein ebenfalls geteilter Eindruck – schienen aber nur wenig erfolgreich. Hingegen wurde auch kritisiert, dass geförderte Projekte selten auf problematisierte Milieus zuzugingen, Angebote und Träger hier aber auch aus ihren traditionellen Bezugssystemen heraus kommen müssten. Gleichzeitig scheinen Begriffe wie „Politik“ oder „Demokratie“ für Bürger*innen nicht mehr attraktiv. Darüber hinaus hätten auch manche engagierte Träger bereits ein negatives Label und es sei notwendig, dass die Angebote auch durch andere umgesetzt würden, die hier einfachere Zugänge in bestimmte Milieus hätten. Hier wäre es wichtig, auch mehr in Kooperation zwischen Bildungsträgern und anderen Strukturen zu arbeiten. Die Ergebnisse müssten einerseits an regionale Verantwortungsträger*innen (bspw. Partnerschaften für Demokratie) transportiert werden, aber auch in die beschriebenen Milieus. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus erscheint häufig sehr schwer, aber sei es mglw. an der Stelle nicht, wo man kleine Schritte aus der gesellschaftlichen Polarisierung gehe. Viele Bürger*innen hätten demokratische Werte, lebten diese aber nicht aktiv. Hier könnten niedrigschwellige Angebote helfen, diese Werte zu aktivieren. Die eigenen Methoden und Prozesse sollten stetig darauf befragt werden, was eigentlich die längerfristigen Ziele der Angebote sind.

Von den Teilnehmer*innen wurde angemerkt, dass es nicht ausreichte, ausschließlich in ständiger Reaktion auf politische Aktivitäten antidemokratischer oder autoritaristischer Akteure zu agieren. Strategische Aktivitäten bräuchten Beziehungsarbeit und ein dezidiert zeitliches Programm. Was die allgemeine Projektlandschaft betreffe, sei man eigentlich gut aufgestellt. Wichtig sei es aber auch, die Impulse, die Projekte setzen könnten, in der Fläche zu halten und mehr Menschen in der Tätigkeit vor Ort zu haben. Es wurde in dem Zuge die Frage aufgeworfen, ob die bezahlten Akteure der Demokratiearbeit tatsächlich ausreichend sichtbare Akzente setzten. Vor allem junge Menschen würden mit Themen und Kampagnen erreicht. Viele Menschen vor Ort hätten gleichzeitig keine Kenntnis zu den Möglichkeiten, sich in ihrer Umgebung zu engagieren. Unter Umständen könne es hilfreich sein, (regionale) Influencer*innen und allgemein social media mehr für die eigenen Aktivitäten zu nutzen. Wichtig sei, dass Menschen in politischen Initiativen lernten, bei etwas dabei zu sein und sich an etwas zu beteiligen. Am Beispiel eines Kulturcafés vor Ort zeige sich, dass es auch um einzelne Personen gehe. Hier wurde eine Person aus der Nachbarschaft aus deren eigenem Interesse heraus für Engagement im Projekt gewonnen. In diesem Zusammenhang wurde die Frage nach dem Zusammenhang zwischen soziokultureller und politischer Arbeit andiskutiert. In der Soziokultur fänden sich viele Qualitäten, Menschen zu involvieren. Entsprechende Angebote müssten Formate finden, die es Menschen einfach machen, sich zuzuordnen und einzubringen. Dabei sei es in der eigenen Praxis

wichtig, zu erkennen, wo die Menschen „stünden“, wo klare (auch politische) Positionierungen bestehen, wo dies den Bürger*innen selbst aber vielleicht auch noch unklar sei. Auch sei wichtig zu erörtern, wieso sich Menschen eigentlich engagierten, in welcher Rolle sie sich dabei sehen und welcher Gruppe sie sich dabei zugehörig fühlen.

Österreich (Wien)

Zu Beginn der Veranstaltung in Wien wurde mit den Anwesenden zusammengetragen, was in der Runde eigentlich unter demokratiedistanzierten bzw. -ambivalenten Gruppen verstanden wird. Es zeigte sich, dass die Teilnehmenden hier unterschiedliche Repräsentationen der entsprechenden Bevölkerungsgruppen hatten und diese entlang unterschiedlicher Merkmale bewerteten. Einerseits wurde die Frage eingebracht, ob dies nicht „wenig gebildete“ oder „ungebildete“ Milieus seien. Andererseits wurde eine Einordnung generell als schwierig betrachtet, da ein sehr breites Feld bestünde zwischen „demokratiskeptischen“ Bürger*innen und „demokratieresistenten“ Gruppen. Sicher sei ein Teil der Menschen, auf die dies zutrefte, auch Teilnehmende an den Protesten im Rahmen der Pandemie 2020 ff. Aber da der Teilnehmendenkreis hierbei so heterogen sei, könne man dies nicht global auf alle Menschen auf den Versammlungen übertragen. Anzumerken in diesem Zusammenhang sei, dass Teilnehmende möglicherweise als distanziert oder ambivalent bezeichnet würden, sich selbst aber als „wahre“ oder „eigentliche“ Demokrat*innen verstünden bzw. inszenierten. Als eine weitere Form distanzierter Gruppen wurden auch Kreise benannt, welche sich explizit und wortwörtlich von Demokratie distanzieren, bspw. auch fundamentalistische (religiöse) Gruppierungen. Im Gegensatz hierzu gebe es gleichzeitig solche Bevölkerungsgruppen, welche strukturell „zwangs-distanziert“ seien, denen also wenig Wahl bleibt, weil sie nicht teilhaben können und dürfen. Konkret handelt es sich diesbezüglich um Personen ohne Staatsbürgerschaft und demnach ohne Wahlrecht. Als weitere Gruppe wurden ökonomisch privilegierte, „reiche“ Bürger*innen benannt, welche teilweise wenig Interesse daran hätten, dass sich gesellschaftlich und für die Allgemeinheit grundlegende, strukturelle Verbesserungen ergeben. So sei das Thema soziale Ungleichheit nicht nur in Ländern, in denen wie am Beispiel Polen¹⁹ eine offene Spaltung nachgewiesen werde, relevant. Allgemein könnte Distanz von Menschen empfunden werden, welche von der derzeitigen Form und vom Zustand der Demokratie als System entfremdet seien. Demokratieskepsis komme durch Frustration und schlechte oder fehlende demokratische Erfahrungen zustande. Dies führe dazu, dass Bürger*innen allgemein mit Demokratie „nicht viel anfangen“ könnten. Im Endeffekt gerinne in Teilen der Bevölkerung der Begriff Demokratie zu einem „Buzzword“, was eher abschreckend wirke und dazu führt, dass Träger dezidierter Angebote von den durch sie adressierten Gruppen eher abgelehnt würden.

¹⁹ Vgl. ebd.

Im Folgenden wurden Rückmeldungen der Teilnehmer*innen zu den Studienergebnissen diskutiert. So wurde als auffällig benannt, dass bei den als ambivalent benannten Gruppen einerseits häufig eine kleinstädtische Prägung vorhanden sei, aber auch Frauen aus urbanen Räumen darunter fielen. Die Vermutung, dass es sich bei entsprechenden Gruppen in Teilen um Teilnehmende der Pandemie-Proteste handele, wurde nach Einblick in die Befunde der Studie eher als bestätigt angesehen. So zeige sich bspw. in den Versammlungen in Wien, dass die Teilnehmer*innen vorrangig selbst nicht aus Wien kämen. Es sei dabei aber auch auffällig, dass wenig Jugendliche dabei seien, dafür aber viele Kinder mitgenommen würden.

Mit Blick auf die Arbeitsfelder der Diskutierenden wurde eine selbstkritische Einordnung der Jugendarbeit angemahnt. Fachkräfte könnten durchaus auch Skeptiker*innen sein. So wurde die Beobachtung geteilt, dass sich in den letzten Jahren in der Praxis eher ein gestiegenes politisches Desinteresse breit mache. Auch zeigten sich in privaten und/oder beruflichen Unterhaltungen politische Positionen, wonach Lokalpolitiker*innen, bspw. Bürgermeister*innen deutlich eher Vertrauen geschenkt würde als der Bundesregierung. Dies münde selbst bei Fachkräften teilweise in der Aussage: „Man kann Politik nicht vertrauen.“ Entsprechende Haltungen erstreckten sich dabei auch auf politische Interessenvertretungen. So gebe es auch innerhalb der Träger Veränderungen, einerseits stehe ein Bekenntnis zu politischer Bildung klar im Selbstbild, andererseits, wenn es darum ginge Vertreter*innen für den Betriebsrat zu finden, gelinge das nur mit Mühe und Not. Mitarbeiter*innen würden betriebliche Interessenvertretungen zwar nicht ablehnen, ihnen fehle aber das Interesse an einer aktiven Mitwirkung.

Allgemein wurde darauf verwiesen, wie sich Menschen mit Demokratie fühlten, sei nicht zu entkoppelt davon, wie und wohin sich Demokratie entwickelt hat. Dies mündete in dem Wunsch, Politik solle tatsächlich demokratischer gestaltet werden, als sie jetzt ist. So könne man sich in vielen Aussagen der Befragten in der Studie wiederfinden, auch wenn man selbst emanzipatorische Vorstellungen von Gesellschaft und Demokratie habe. Es wurde vermutet, dass eine wahrgenommene oder tatsächliche Angleichung der politischen Parteien problematisch ist und zu der entsprechenden Entwicklung beiträgt. Dies scheine vor allem in den USA²⁰ der Fall zu sein, zeige sich aber auch in Europa²¹. In Österreich schaffe es niemand aus einem emanzipatorischen oder progressiven Spektrum Ideen oder Alternativen zu entsprechenden Tendenzen zu formulieren, rechten Gruppen scheine das aber zu gelingen.

Teilnehmer*innen zeigten sich gleichsam überrascht, dass es bei aller Ambivalenz in den Befunden aber generell so hohe Zustimmungswerte zu Demokratie gebe, wobei hier auch eine Lücke zwischen

²⁰ Vgl. dies., S. 104 ff.

²¹ Vgl. dies., S. 15 ff.

abstrakter Zustimmung und konkreter Ausdeutung bestehe. Die Haltungen der Menschen seien auch hier nicht von politischen Entwicklungen und Erfahrungen zu trennen. In diesem Zusammenhang wurde auf Korruptionsskandale in Österreich verwiesen, welche auch das Gefühl der Machtlosigkeit bei Bürger*innen stark befördert hätten. Parallel dazu erlebten Menschen die Tendenz zur Angleichung der Parteien in der Wirtschaftspolitik und der Annäherung an wirtschaftliche Verdienner*innen, so dass es für Bürger*innen teilweise egal scheine, was und ob sie wählten. Auch hier wurde die Frage aufgeworfen, ob es progressive, demokratische Kräfte schafften, sich verständlich zu machen, denn Menschen scheinen an rechten Milieus etwas zu finden. Damit wurde auch die Frage verknüpft, was tatsächlichen Demokrat*innen fehle aktiv zu werden, ob dies konkrete Ressourcen, Zeit oder andere Dinge umfasse.

In der weitergehenden Diskussion wurde thematisiert, welche Erfahrungen mit unterschiedlichen Formaten und Settings bestehen, mit Bürger*innen in Kontakt zu kommen, was als wichtiger Fokus erscheine. Nicht funktionierten allgemeine „Infoveranstaltungen“ mit Bühne, auf denen Politik und Verwaltung Informationen – bspw. im Zusammenhang mit der Unterbringung von Geflüchteten - an die Bürger*innen referierten und kein Austausch stattfinde. Formate wie „Markt der Möglichkeiten“ funktionierten hingegen besser, wo die Gruppen kleiner seien und der Austausch damit persönlicher würde. Auch wurde von Erfahrungen berichtet, in denen politische Verantwortungsträger es versucht hätten, sich anschreien zu lassen und so Bürger*innen „Dampf ablassen“ könnten. Dies wurde vor allem im Zusammenhang einer versuchten Reaktion auf die Wahrnehmung fehlender Beteiligung bei der geplanten Umnutzung und Umgestaltung eines wichtigen öffentlichen Areals in Wien benannt. Wichtig bei einer entsprechend heiklen Vorgehensweise sei, ob bei den Beteiligten danach die Dialogbereitschaft steige oder nicht.

In weiterer Bezugnahme u.a. auf die Pandemie-Proteste wurde konstatiert, dass es an demokratischen Selbstwirksamkeitserfahrungen mangle. Mit Blick hierauf bestehe aber auch die Schwierigkeit, wann Bürger*innen zur Mitgestaltung eingeladen werden sollten. Denn die Kehrseite der Beteiligung sei auch, dass dies für viele Menschen erstmal nach Arbeit klinge. In pädagogischen Mikrokontexten bestünden gleichsam gute Erfahrungen, enge persönliche Beziehungen zu gestalten und Beteiligung in der alltäglichen, praktischen Lebenswelt näher zu bringen. Eben an dieser Lebenswelt müsste auch Politik ansetzen. Hier könnten Jugendzentren lokal eine zentrale Rolle einnehmen und sind auch für die Politik vor Ort relevant. Allgemein sei Politik, auch wenn es bspw. bereits digitale Bezirkssitzungen gebe, häufig zu abstrakt für Bürger*innen. Daher benötige es gerade mehr (politische) Beteiligungspraxis „im Kleinen“. Beziehung sei ausschließlich über praktische Lebensweltfragen herstellbar.

Dabei wurde die Frage aufgeworfen, ob die Praxis(erfahrungen) der Jugendarbeit auch in eine höhere Ebene politischer Beteiligung gehoben werden könnten, um dann auch mehr Menschen und nicht nur Jugendliche zu erreichen. Dabei brauche es möglicherweise auch dezidierte politische Interventionen.

Von der Robert Bosch Stiftung wurde im Rahmen der Diskussion darauf hingewiesen, dass es gerade das Ziel künftiger Aktivitäten sei, Menschen anders zu erreichen, bspw. am Arbeitsplatz, sowie an Alltags- und Freizeitorten. Gleichzeitig wurde als offen benannt, dass zwar mit unterschiedlichsten Bürger*innen eine Beziehung gestaltet werden könne, aber noch nicht klar sei, wie demokratieambitionierte Rückgewinnung funktioniere. Vor allem geht es in den angestrebten Formaten um das Ausprobieren von Beziehungsgestaltung und die Sammlung weiterer Erfahrungen mit passenden Aktivitäten und Interaktionsformaten für die entsprechenden Adressat*innengruppen.

Schweiz (Zürich)

Zum Einstieg wurde gemeinsam erörtert, wo in der Schweiz demokratiedistanzierte oder –ambivalente Gruppierungen oder Milieus wahrzunehmen sind. Dies sei gerade da der Fall, wo wenig über Demokratie gesprochen werde. Einer dieser Orte sei Schule, an dem nach Wahrnehmung der Teilnehmenden politische Bildung explizit keinen Platz finde und finden solle. Auch in Unternehmen werde das Politische nicht thematisiert. Des Weiteren wurden für die Schweiz auch Religionsgemeinschaften benannt, welche Glaubensprinzipien und –werte über politische Prinzipien stellten. Hinzu kämen auch spezifische Communities, u.a. migrantische Gruppen, an welche nur schwer heranzukommen sei. Gründe für die herausfordernde Situation, politische Themen mit den benannten Gruppen und Communities in Kontakt zu bringen, seien Defizite in den Integrationsmöglichkeiten und die Wahrnehmung, Politik oder Demokratie seien zu kompliziert oder „die Anderen“ machten dies auch ohne eigene Beteiligung ausreichend gut. Auch diese Aussagen bezogen sich explizit auf Gruppen, welche keine Staatsbürgerschaft und damit auch kein Wahlrecht besitzen. Deren Gefühl der Distanziertheit entspricht demnach ganz realen Erfahrungen, nicht "wirklich" teilhaben zu können.

Eine wichtige Erkenntnis aus den Befunden der Studie sei, dass diese zwischen demokratiefeindlich und demokratieambivalent unterscheidet. Gleichzeitig wurde die Frage in den Raum gestellt, inwiefern die benannten Gruppen in der Studie nicht Menschen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft seien, sondern eher randständig positioniert und möglicherweise „bildungsfern“. Auch wurde thematisiert, dass man sich in dem Zusammenhang auch mit wirtschaftlichen Eliten beschäftigen müsse. Der Wunsch entsprechender Bevölkerungskreise bspw. Steuern zu vermeiden, sei auch in Zusammenhang mit einem spezifischen (Un-)Verständnis für Demokratie zu bringen, da auch Steuervermeidung bewusst demokratische Prozesse unterlaufen.

Mit Bezug auf die aktive politische Beteiligung von Bürger*innen wurde mit Bezug auf die Befunde die Teilnahme an Demonstrationen mit 11%²² der Befragten als relativ hoch eingeschätzt. Dies sei aber eine nationale Einschätzung, für Deutschland könne mit Blick auf andere Erfahrungen mit Versammlungsteilnahmen der Wert möglicherweise auch niedrig erscheinen. Allgemein sei die Teilnahme an Demonstrationen durchaus als höherschwellig einzuschätzen als die Teilnahme an Wahlen. In der Schweiz zeige sich aber, dass eine gewisse „Abstimmungsmüdigkeit“ wahrzunehmen sei, da relativ häufig über Themen abzustimmen sei. Hiermit in Zusammenhang werde auch deutlich, dass die Beteiligten sich nicht vor jeder Abstimmung differenziert mit den entsprechenden Themen auseinandersetzten, sondern dass Wähler*innen dazu tendierten, den Abstimmungsempfehlungen „ihrer“ Parteien zu folgen. Als differenzierende Perspektive sei aber auch festzuhalten, dass politikwissenschaftliche Befunde zeigten, dass die Beeinflussung von Wähler*innen durch Medien oder Parteien nur einen bestimmten Korridor hätten. So habe sich mit Blick auf den Brexit gezeigt, dass Entscheidungen vor allem von bereits bestehenden, politischen Haltungen bei Bürger*innen abhingen, die sich dann mobilisieren ließen.

Um einen Umgang mit den bestehenden Defiziten, welche die Studie nahe legt, aber in Teilen auch in der Schweiz wahrnehmbar sei, müsse man die Frage beantworten, wer für entsprechende ambivalente Bürger*innen glaubwürdige (politische) Akteur*innen seien und diese in Ansprache und Beteiligung einbeziehen. So müsse auch geklärt werden ob und wo es gesellschaftlich möglicherweise mehr „Gemeinschaftlichkeit“ brauche. In diesem Zusammenhang sei in den Blick zu nehmen, in welchen Räumen und bei welchen Gelegenheiten Menschen mit unterschiedlichen politischen Meinungen auf Augenhöhe aufeinander treffen. Um die Wertschätzung in der Notwendigkeit der Beteiligung von Bürger*innen heraus zu stellen, braucht es ein Bewusstsein und eine Kommunikation darüber, was Staat, Politik und Gesellschaft vom Einbringen jeder*jedes Einzelnen habe. Teilweise könne man aber bei Bürger*innen auch wahrnehmen, dass sie einen Benefit für die Teilnahme an Abstimmungen erwarten.

In Frage gestellt wurde hingegen, ob allein die Möglichkeit und Umsetzung von Volksentscheiden bereits Indiz für eine ausreichende, demokratische Kultur seien und ob man in der Schweiz voraussetzen könne, dass in der Gesellschaft „Lust am Diskurs“ bestehe. Zu einem vitalen Diskurs gehöre auch, dass nicht allein deprivierte oder randständig wahrgenommene Milieus befragt würden, sondern auch gesellschaftlich als Eliten fungierende Teile der Bevölkerung zu ihrem Verständnis von Demokratie zu befragen seien.

²² Vgl. dies., S. 27

Mit Blick auf entpolitisierte Räume wurde angemahnt, dass politische Bildung bei Kindern und Jugendlichen beginnen müsse und daher auch Eingang in die schulischen Lehrpläne finden sollte. Außerdem bräuchte es politische, demokratische (Beteiligungs-)Prozesse und Angebote für junge Menschen vor Ort. Notwendige Beziehungsarbeit um Demokratieambivalenz abzubauen benötige Augenhöhe. Respekt und Sichtbarkeit seien Grundbedürfnisse der Bürger*innen, welche nicht demokratisch erfahren werden können, wenn Menschen das Gefühl hätten, Privilegierte und Eliten schauten auf sie herab. Dies führe eher dazu, dass Gesellschaft sich weiter in abgegrenzte und sich abgrenzende Segmente aufspalte.

Allgemein wurden zwei widerstreitende Tendenzen im Verständnis und System der Demokratie in der Schweiz ausgemacht. Einerseits sei die Demokratie in guter Verfassung – die beste Form, auch wenn man daran arbeiten könne - aber durch pro- und contra-Abstimmungen beinhalte sie auch etwas stark Trennendes. Hier benötige es mehr Verständnis und auch die Haltung, Zugeständnisse machen zu wollen, nach dem Motto: „Womit kann ich leben?“. Die wiederkehrenden Abstimmungen wurden aber auch als sehr verbindendes Element beschrieben. Sie förderten auch die Ambiguitätstoleranz der Beteiligten, da die eigenen Abstimmungen und Willensäußerungen mal als erfolgreich und mal als weniger erfolgreich erfahren und erlebt würden.

Für Formate, die möglicherweise nur schwer erreichbare Gruppen adressieren könnten, wurden beispielhaft folgende Qualitäten aufgeführt: passende Medien zur Beteiligung finden - kein Leserbrief für Jugendliche; passende, nahbare Ansprache wählen – keine pauschal formalisierte-sprachliche Adressierung für Migrant*innen; differenzierte Korridore und Strategien für unterschiedliche Gruppen - nichts für die gesamte Bevölkerung denken.

4. Fazit – Zentrale Punkte

Für den Gesamtprozess kann festgehalten werden, dass es durchaus einen Mehrwert darstellt, entsprechende Studienergebnisse eingehender an die Zivilgesellschaft vor Ort zu transferieren. So fühlen sich Aktive vor Ort besser an die bestehende Erhebungslandschaft eingebunden und können gleichzeitig ihre regionalen und lokalen Erfahrungen zu den Befunden und entsprechenden Empfehlungen ins Verhältnis setzen. Eine mittlere Heterogenität bzgl. der praktischen Hintergründe der Teilnehmer*innen hilft in der relationierenden Diskussion dabei, Ableitungen und Eindrücke zu den Befunden konkreter aufeinander zu beziehen. Dass in diesem Fall Ergebnisse mit Kolleg*innen aus drei Ländern im deutschsprachigen Raum gewürdigt werden konnten, zeigt, wie oben ausgeführt, wichtige Gemeinsamkeiten aber auch regionale und national unterschiedliche Wahrnehmungen zum Zustand der Demokratie und lässt vor Ort wie auch übergreifend unterschiedliche strategische Schlüsse zu.

Nationale Unterschiede zeigten sich vor allem in der Formation der Demokratie und der damit einhergehenden Beteiligungs- und politischen Bildungskultur. So sind völkisch-nationalistische Dynamiken mit hoher Einflussmacht vor allem in spezifischen Regionen Ostdeutschlands alltagspräsent, während national-autoritäre Parteien in allen Ländern eine Rolle spielen, aber aus ganz unterschiedlichen Traditionen kommen. Dass die politische Kultur auch davon geprägt ist, ob nationale Politik gerade durch Skandale geprägt ist oder aber eine hohe Zustimmung zu bestehenden, basisdemokratischen Formen der national-politischen Beteiligung besteht, zeigen die unterschiedlichen Diskussionsperspektiven vor Ort. Mit Blick auf ambivalente Gruppen wird antidemokratischen Akteuren eine hohe Zugkraft und Deutungsmacht zugesprochen, sie werden als unterschiedlich stark interventionsfähig gegenüber der Zivilgesellschaft ausgemacht. So zeigt sich auch, dass die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren fachlich-kritisch geführte Debatte um bestehende Neutralitätseinforderungen gegenüber demokratischen Akteuren in der Form noch nicht in allen anderen Ländern angekommen ist. Vielmehr wurde bspw. in der Schweiz deutlich, dass politische Positionierungen von zivilgesellschaftlichen Trägern im Rahmen politischer Debatten durchaus mit intensiver Kritik bedacht wird. Auch hier ist der eingehende Austausch zu Erfahrungen und Umgangsweisen wichtig und notwendig.

Übergreifend zeigt sich gleichzeitig, dass die Wahrnehmung besteht, die aktuelle Politik ist nicht für alle da. So sind überall als abdriftend oder randständig mit Distanz zum demokratischen Engagement ausgestattete Bevölkerungsgruppen vorzufinden. Dies erscheint auf allen drei Veranstaltungen als Effekt gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse. Erwähnt werden migrantische Communities ebenso wie Personen, welche bspw. im Rahmen von Transformationsdynamiken den Kontakt in etablierte, formale Politik verloren haben. Anschließend daran wird auch in allen Diskussionen deutlich, dass es Bedarf

gibt, lebensweltnahe Modi der Beteiligung zu erhalten und weiter auszubauen. Unterschiede lassen sich hier u.a. zu einer breiten Projektlandschaft in der Bundesrepublik ausmachen, die hier über bestehende Programme langjährig aktiv ist – wenn auch immer projekthaft begrenzt, im Gegensatz zu Österreich und der Schweiz, wo vor allem zivilgesellschaftliche Netzwerke, Bildungseinrichtungen oder Regelstrukturen der Sozialen Arbeit und Jugendarbeit wichtige Pfeiler der Beteiligung und politischen Bildung sind.

Immer wieder zeigte sich, wie wichtig Räume des In-Kontakt-Kommens von allen Beteiligten eingeschätzt werden. Tendenziell scheinen in allen drei Ländern gesellschaftliche Bewegungen stattzufinden, die dazu führen, dass weniger Austausch zwischen Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten stattfindet. Dass mit Blick auf entsprechende Dynamiken und Demokratieverständnisse auch gesellschaftlich machtvollen Milieus und ökonomischen Eliten in den Blick genommen werden sollten, war ein wiederkehrender Hinweis, der gleichzeitig in Österreich und der Schweiz als zentraler für die Entwicklung der Demokratie in den Diskussionen platziert wurde als in Deutschland. Das Unterlaufen demokratischer Prozesse wurde auch bei einflussmächtigen Akteuren markiert und parallel zu Exklusion- und Integrationskonflikten oder laufenden, medialen (Des-Information-) Kampagnen als wichtig erachtet.

Wiederkehrend befragten sich die Beteiligten in den Diskussionen hinsichtlich der Reichweite ihrer Aktivitäten, wobei es auch darum ging, wie dezidiert kritisch, politische oder sozio-kulturell auf Beziehungsgestaltung wie auch auf Beteiligungs- und Demokratieförderung angelegte Prozesse sein können und sein sollten. Dort, wo wenige Angebote bestehen, wurden auch gute Erfahrungen in der Ansprache und teilweise Bindung von Bürger*innen gemacht, wenn neue, nicht „vorgeprägte“ Räume vorgehalten wurden oder Pop-Up-Räume und –Settings möglich waren, die nahe an die Menschen heran rücken.

Nicht zuletzt wurde benannt, dass die neu oder eingehendere Beteiligung von Bürger*innen notwendige Ressourcen und Strukturqualitäten im gesellschaftlichen Ganzen wie auch im Kleinen, Lokalräumlichen, vor Ort erfordert. So können Menschen die Erfahrungen machen, dass die Einbeziehung im Alltag auch eine verbesserte, gesellschaftliche Repräsentation nach sich zieht.

In allen drei Veranstaltungen kam die Frage auf, ob hier nicht „die Gleichen wie immer“ zusammen fänden und die entsprechenden Fragen stellten. Bei aller Heterogenität in den Teilnehmer*innengruppen schien das eine widerkehrende Gemeinsamkeit. Dies sollte bewusst anerkannt, aber nicht als Nachteil verstanden werden. Denn immerhin sind sie es, die die Diskussionspunkte und entsprechenden Perspektiven in ihre vielgestaltige Praxis vor Ort tragen. Dafür an dieser Stelle unser herzlicher Dank.

Impressum

Web: <https://mut.agjf-sachsen.de/>

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V.

Neefestraße 82

09119 Chemnitz

Telefon 0371 533 64 24

Bildnachweis: Eigenproduktionen des Projektteams, okay Zürich und Verein Wiener Jugendzentren

Erscheinungsjahr: 2023 (Redaktionsschluss 12/2022)



Durchgeführt und erarbeitet in Kooperation mit:



PAULUS
AKADEMIE
STELLT
FRAGEN
ZUR
ZEIT

Gefördert durch:

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Gefördert durch

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT

